

**Themenübersicht  
Plenar-Pressegespräch  
Freitag, 21. August 2020**

**Vorstellung der Initiativen der CDU-Landtagsfraktion  
für die Plenarsitzungen  
am 26., 27. und 28. August 2020**

Vorsitzender der  
CDU-Landtagsfraktion  
**Christian Baldauf MdL**

Haushalts- und finanzpolitischer Sprecher  
der CDU-Landtagsfraktion  
**Christof Reichert MdL**

**Themen:**

- 1. Nachtragshaushalt**
- 2. Antrag:**  
„Flughafen Hahn: Optionen erhalten nicht vernichten“
- 3. Antrag:**  
„Bekämpfung der Kriminalität durch Einsatz sogenannter intelligenter Kamera- bzw. Aufnahme- und Aufzeichnungssysteme“
- 4. Antrag:**  
„Gesunde Kinder: Nachhaltige Ernährung und Wertschätzung von Lebensmitteln sind Alltagskompetenzen
- 5. Sonstiges**

## 1. Erste Bewertung Nachtragshaushalt / Sondervermögen

Nach dem **ersten Nachtragshaushalt vom März 2020** hat die Landesregierung am vergangenen Dienstag den **2. Nachtragshaushalt** aufgrund der COVID-19-Pandemie vorgestellt. Ein umfangreiches Zahlen- und Datenwerk, verdient auch eine umfassende Auswertung und Analyse. Ein erster wichtiger Zwischenschritt für die Bewertung des eingebrachten Vorschlages wird für uns die **Sondersitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 1. September 2020** sein. Bis zur Plenarsitzung im September werden wir dann unsere eigenen Vorschläge formulieren.

Neben der **Bewältigung der unmittelbaren Folgen der Pandemie** wird es uns dabei vor allem darum gehen, Corona als Chance zu begreifen und unser Land besser aufzustellen als vor der Krise. Themen wie **Innovation, Wirtschaft, Arbeitsplätze und Klimaschutz** werden dabei eine besonders wichtige Rolle für uns spielen. So hart und unvorbereitet uns die Krise getroffen hat, verstehen wir als CDU-Landtagsfraktion sie nun als Gelegenheit, Rheinland-Pfalz in eine positive Zukunft zu führen.

**Heute** möchten wir eine erste Einordnung vornehmen, wie die **Eckdaten** des Nachtragshaushaltes zu bewerten sind:

### Gesamtvolumen

Der zweite Nachtragshaushalt weist ein **Gesamtvolumen von rund 1,6 Mrd. Euro** auf. In Relation zum Bund und zu anderen Ländern sowie mit Blick auf die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürgern **bleibt die Landesregierung damit weit hinter den Erwartungen zurück.**

Unter Abzug von

- 487 Mio. Euro Bundesmittel,
- 343 Mio. Euro zur verpflichtenden Kofinanzierung zum Erhalt der Bundesmittel
- 117 Mio. Euro Übertrag aus dem ersten Nachtragshaushalt

bleiben lediglich noch **650 Mio. Euro** für eigene Ideen und Maßnahmen der Landesregierung übrig. Umgerechnet auf den **3-Jahres-Zeitraum** des Sondervermögens sprechen wir von einem Betrag zur Bewältigung der Corona-Krise und der Zukunftsgestaltung unseres Bundeslandes, von rund **217 Mio. Euro im Jahr**. Reicht das, um uns in eine positive Zukunft zu führen, um Insolvenzen zu verhindern und den Bürgerinnen und Bürgern Sicherheit zu garantieren?

### **Schwerpunktsetzung**

Sieht man von Programmen des Bundes ab, fällt auf den ersten Blick auf, dass die bezifferten **Themen und Schwerpunkte** vorgezogene **Programme darstellen, die für den eigentlichen Haushalt 2021 zu erwarten gewesen sind**. Diese als "Corona-Programme" zu präsentieren, ist **Augenwischerei**. Für die Landesregierung braucht es erst eine Erschütterung wie die Corona-Krise, um endlich mehr für die **Breitbandinfrastruktur** zu tun - ein Thema, bei dem die Regierung seit Langem Versprechen abgibt und diese immer wieder einkassiert. **So zu tun, als wäre das Schließen von Funklöchern und der Ausbau der Datengeschwindigkeit durch Glasfaser eine notwendige Folge der Corona-Krise, verhöhnt die Menschen und Unternehmen in den ländlichen Regionen. Enttäuschend** erscheinen die finanziellen Mittel, die zur Stabilisierung unserer heimischen **Wirtschaft und für Zukunftsbereich wie Forschung als auch Umwelt- und Klimaschutz** bereitgestellt werden. Was sich in Wirklichkeit hinter den Programmen verbirgt und ob diese möglicherweise dennoch einen positiven Effekt haben können, müssen die Beratungen in den Ausschüssen zeigen.

### **Handlungsfähigkeit in der Krise**

Für uns als CDU-Fraktion zeigen die Abrechnungsergebnisse des ersten Nachtrags Haushalts, dass die Landesregierung scheinbar nicht in der Lage war, die eigenen Landesprogramme an den Bedürfnissen der Betroffenen vor Ort auszurichten. Von den ursprünglichen Mitteln in Höhe von 800 Mio. Euro wurden bis vergangenen Mittwoch gerade einmal **308 Mio. Euro** verausgabt. Als Beispiel kann die finanzielle Unterstützung von **Vereinen** genannt werden: Hier stellte das Land **3 Mio. Euro** zur Unterstützung bereit von denen gerade einmal rund **190.000 Euro** verausgabt wurden. Der Grund liegt in den von der Landesregierung viel zu hoch gesteckten Hürden, so dass viele Anträge abgelehnt wurden. Wir müssen jetzt aber sicherstellen, dass von den nun geschaffenen Programmen auch wirklich diejenigen profitieren, die die Gelder dringend benötigen. Und das einfach und ohne große Bürokratie.

## **Sondervermögen**

Durch die Bildung eines **Sondervermögens** setzt die Landesregierung die **Grundsätze der Transparenz und der Haushaltsklarheit von vornherein auf's Spiel**. Ein solches Sondervermögen beschneidet das Budgetrecht des Landtages. Eine Einschränkung, die an hohe Hürden geknüpft ist. **Eine ausreichende Begründung hierfür ist die Landesregierung bis heute leider schuldig geblieben**. Aus diesem Grund müssen wir uns im Laufe des parlamentarischen Prozesses auch darüber unterhalten, wie eine Mitwirkung des Parlaments, mindestens über den Haushalts- und Finanzausschuss, sichergestellt werden kann. Die reine Berichterstattung durch die Landesregierung geht uns bei der Höhe der Mitteln und der Bedeutung für Rheinland-Pfalz nicht mehr weit genug.

## **Was fehlt?**

**Der Vorschlag der Landesregierung lässt Investitionen in die Zukunft schmerzlich vermissen**. Wir fragen die Landesregierung daher:

- Was ist mit einem eigenen Konjunktur-Programm des Landes, das auf echte Zuschüsse statt auf unattraktive Kredite setzt?
- Was ist mit frischer Kraft für die rheinland-pfälzische Wirtschaft mit einem eigenen Gründungsfonds, einem Gründerstipendium und wirksamen Mitteln für die Digitalisierung von kleinen und mittelständischen Unternehmen?
- Was ist mit einem echten Zukunftsprogramm für unsere Schulen, von der Toilette bis zum Tablet?
- Was ist mit Soloselbstständigen, mit der Kultur, mit dem Ehrenamt und den Vereinen?

Überall hier gibt die Landesregierung mit diesem Nachtragshaushalt keine oder keine ausreichenden Antworten. Hier werden wir in den kommenden Wochen ansetzen und einen Vorschlag präsentieren, der nicht nur kleinteilig den Status Quo sichern will, sondern unser Land für die Zeit nach der Krise vorbereitet.

## 2. Antrag:

„Flughafen Hahn: Optionen erhalten nicht vernichten“

### Hahn in Schieflage

Seit dem **Notverkauf des Flughafens Hahn** durch die Landesregierung an die deutsche Tochtergesellschaft der chinesischen HNA Group im Jahr 2017 reißen die **schlechten Nachrichten** nicht ab. Seit 2018 bzw. 2017 **sinken die Zahlen bei der Luftfracht und der Personenbeförderung. Erhoffte und versprochene nennenswerte Investitionen** des neuen Eigentümers sind weitgehend ausgeblieben. Der Hahn bleibt in Schieflage.

### HNA Group will zusätzliche Grundstücke

Verbunden mit dem Verkauf des Airports hat die Landesregierung der HNA Group in einem sog. **Optionsvertrag** das Recht zum **Zukauf weiterer Grundstücksflächen**, die an den Flughafen Hahn angrenzen, aus dem Landesbesitz eingeräumt. Die HNA Airport Group GmbH **hat nun von dieser Kaufoption Gebrauch gemacht** und möchte die Optionsflächen erwerben.

### Verkauf trotz Finanzproblemen der HNA?

Nach Medienberichten hat die HNA Group **Refinanzierungsprobleme**. Der **Schuldenstand** soll umgerechnet ca. 81 – 100 Mrd. Euro betragen. Vor diesem Hintergrund ist es **nicht zielführend, attraktiven Optionsflächen an die HNA Airport Group GmbH zu verkaufen**. In einem möglichen Insolvenzverfahren könnten die für die weitere Entwicklung des Areals notwendigen „Filetstücke“ an Investoren veräußert werden. Der Schaden für die Region wäre beträchtlich.

### Was wir wollen:

- Prüfung der Auswirkungen der finanziellen Schieflage des chinesischen Mutterkonzerns auf die deutsche Tochtergesellschaft.
- Prüfung, ob die HNA Airport Group GmbH ihren Verpflichtungen aus dem Kaufvertrag bislang vollumfänglich nachgekommen ist.

- Prüfung, ob die von der HNA Airport Group GmbH vorgelegten Wirtschaftsprognosen tatsächlich tragfähig sind und ein – wie von der Europäischen Union vorgeschriebener – wirtschaftlicher Betrieb ab 2024 tatsächlich realistisch ist.
- Prüfung, ob im Rahmen der vertraglichen Regelungen Nachverhandlungen erfolgen können, mit denen ein Verkauf der Optionsflächen an die HNA Airport Group GmbH verhindert werden kann.
- Erarbeitung eines Konzepts, wie die vorhandenen Optionsflächen für die Region bestmöglich genutzt werden können.

### 3. Antrag:

#### **„Bekämpfung der Kriminalität durch Einsatz sogenannter intelligenter Kamera- bzw. Aufnahme- und Aufzeichnungssysteme“**

Der **Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Terrorismus und Kriminalität ist eine zentrale Aufgabe der Politik**. Die Menschen in Deutschland haben einen Anspruch darauf, sich an jedem Ort und zu jeder Zeit sicher fühlen zu können. **Videoüberwachung leistet einen wichtigen Beitrag** hierzu und nicht zuletzt zur Überführung von Tätern.

#### **Digitalisierung und Sicherheit**

Rheinland-pfälzische Sicherheits- und Ermittlungsbehörden sind täglich mit steigenden Anforderungen konfrontiert. Es gibt eine latent anhaltende Bedrohungslage (bspw. durch islamistisch motivierten Terrorismus o. gewaltbereiter Extremismus). Hinzu kommt die massive Straßenkriminalität. Aus der polizeilichen Kriminalitätsstatistik 2019 folgt, dass die Straßenkriminalität in vielen Bereichen deutlich angestiegen ist:

- Sachbeschädigungen,
- Taschendiebstahl
- Rohheitsdelikte
- Straftaten gegen die persönliche Freiheit

Unsere Sicherheitsbehörden können nicht überall sein – deshalb brauchen Sie jede technische Unterstützung, die ihnen die Arbeit erleichtert, um Bedrohungslagen frühzeitig erkennen und abwenden zu können.

Der **Einsatz von Videotechnik** für die Gefahrenabwehr und zur Kriminalitätsbekämpfung ist geeignet, die Sicherheitsbehörden bei ihrer Arbeit zu unterstützen und zu entlasten. Das ist wichtig, denn unsere Polizisten gehen schon jetzt auf dem Zahnfleisch – schieben Überstunden vor sich her.

### **Gesetzlichen Rahmen ausbauen**

Das rheinland-pfälzische Polizei- und Ordnungsgesetz enthält Regelungen zum **Einsatz von Videoaufnahmegegeräten** bei Versammlungen, die nicht unter das Versammlungsgesetz fallen, und Regelungen zum Einsatz der Videoüberwachung in öffentlichen Bereichen zur Kriminalitätsbekämpfung. Auch der Einsatz elektrischer Kennzeichen-Lesegeräte sowie der Einsatz von Bodycams im öffentlichen Raum bei einer Gefahr für Leib und Leben sind bereits gesetzlich normiert.

Das reicht nicht aus! **Digitalisierung schreitet voran, technische Möglichkeiten reichen immer weiter – diese Möglichkeiten muss die Landesregierung für unsere Sicherheitsbehörden nutzen:** Aktuelle Videotechnik muss für die Polizeiarbeit gewinnbringend eingesetzt werden. Dazu müssen die Rechtsgrundlagen im Polizei- und Ordnungsrecht an die neuen technischen Möglichkeiten angepasst werden.

### **Was wir wollen:**

- **Einsatz von Gesichtserkennungssoftware intensivieren**  
D.h. Fotoabgleich mit dem sogenannten Gesichtserkennungssystem des Bundeskriminalamtes ausbauen, in die Technik investieren, sodass beispielsweise auch schlechtere Aufnahmen gewinnbringend ausgewertet werden können.
- **Intelligente Kamera- bzw. Aufnahme- und Aufzeichnungssysteme einsetzen**  
D.h. Derartige Systeme erkennen bestimmte Muster bzw. Schemata von Objekten oder das Verhalten von Personen und werten diese danach aus, ob eine Bedrohungslage vorliegt – die Sicherheitsbehörden können bei einer möglichen Bedrohungslage schnell und frühzeitig eingreifen.

- **Intelligente automatisierte biometrische Gesichtserkennung perspektivisch zur gezielten Bekämpfung von Schwer- und Schwerstkriminalität einsetzen**

D.h. Softwareprogramme gleichen Bilder aufgenommener Personen in Echtzeit mit einer Datenbank ab. Wichtig: Bei der Einführung einer intelligenten Videoüberwachung findet ein Eingriff in das informationelle Selbstbestimmungsrecht der Betroffenen statt. Deshalb bedarf es einer entsprechenden Rechtsgrundlage im Polizei- und Ordnungsgesetz. Zunächst soll eine **Expertenkommission** eingesetzt werden, die die genauen Rahmenbedingungen für die Testphase festsetzt. Neben den rechtlichen Aspekten sind auch finanzielle und praktische Erwägungen zu berücksichtigen.

### **Über die Landesgrenze hinaus**

Wichtig ist, dass **bundesländerübergreifende Voraussetzungen** geschaffen werden. Wir brauchen ein einheitliches, bundesweit nutzbares System. Die Landesregierung muss bei den anderen Bundesländern um Unterstützung für eine bundesländerübergreifende Software-Entwicklung werben (Verbundlösung).

## **4. Antrag:**

**„Gesunde Kinder: Nachhaltige Ernährung und Wertschätzung von Lebensmitteln sind Alltagskompetenzen“**

Der Grundstein für eine gesunde Lebensweise wird im **Kindesalter** gelegt. Kinder werden durch Erziehung geprägt und lernen am Vorbild, auch wenn es um das Thema Ernährung geht. Das **Bewusstsein für Auswahl und Qualität der Nahrungsmittel** und für die Esskultur werden zu Hause, und häufig auch von Kita und Schule mit bestimmt.

### **Was bedeutet eine gute, gesunde und regionale Ernährung?**

Da Kinder und Jugendliche viel Zeit in **Schulen und Kindertagesstätten** verbringen, dort auch frühstücken und ihr Mittagessen zu sich nehmen, übernehmen diese Einrichtungen eine **besondere Verantwortung beim Thema gesunde Ernährung**.



In Kita und Schule muss gewährleistet sein, dass unserem Nachwuchs beigebracht wird, was ein bewusster Umgang mit Lebensmitteln und gesunde Ernährung bedeutet und wie wichtig es für die Gesundheit ist.

Seit 2001 baut die Landesregierung mit dem Ausbauprogramm für Ganztagschulen in Angebotsform das Ganztagesangebot aus. Dabei kommt das Thema ‚gesunde Ernährung‘ zu kurz:

### **Frisch zubereitet Mahlzeiten für jedes Kind.**

Oftmals sind bauliche Voraussetzungen für eine **Lehr- oder Versorgungsküche** nicht gegeben und wurden im Zuge des erweiterten Betreuungsangebot auch nicht ausgebaut. Ein Großteil der Kinder und Jugendlichen muss sich deshalb mit **vorgekochtem, gelieferttem Essen zufriedengeben**. Das ist der falsche Weg. **Priorität sollen frisch zubereitete Mahlzeiten haben**, die unter Einhaltung der Qualitätsstandards und unter Einbeziehung aller Beteiligten an der Schulverpflegung eine Bereicherung für die Region darstellen.

**Es muss unser Anspruch sein, dass Kinder und Jugendliche ein nährstoffreiches, frisch gekochtes Essen in Schulen und KiTas zu bekommen.**

### **Was wir wollen:**

1. Bei der Ausbildung zur Erzieherin bzw. beim Lehramtsstudium soll ein Schul- bzw. Studienfach „Lebens- und Alltagsökonomie“ geschaffen werden, um das Fachwissen im Bereich Land-, Ernährungs- und Lebensmittelwirtschaft auch beim pädagogischen Personal weiter auszubauen und perspektivisch verpflichtende Unterrichtseinheiten einzuführen.
2. Ein verpflichtender Bauernhofbesuch in KiTa und Schule soll eingeführt werden.
3. Der Einbau von Lehr- und Versorgungsküchen bei einem Neu- und Umbau von Schulen und KiTas muss gefördert werden, um praxisorientierten Unterricht und eine lokale Zubereitung von Mahlzeiten zu ermöglichen.

4. Fachkräfte wie Schulökothrophologen müssen eingesetzt werden, die die Versorgung der Schülerinnen und Schüler begleiten und standardisierte Lösungen anbieten.
5. Die Vernetzungsstelle KiTa- und Schulverpflegung muss in die Planungsphase von Schulküchen einbezogen werden.

## 5. Sonstiges

- Im Rahmen dieses Plenar-Pressegesprächs möchte ich ein Thema ansprechen, das mir besonders am Herzen liegt: Der Wald.
- Im vergangenen Jahr war ich auf Fünf-Wälder-Tour und auch bei meiner diesjährigen Sommertour war ich wieder in unseren Wäldern unterwegs. An den Problemen, mit denen die Natur und die Menschen im Forst zu kämpfen haben, hat sich nichts geändert.
- Dem heimischen Wald geht es so schlecht wie seit Jahren nicht. Viele Bäume, vor allem Fichten und Lärchen, setzt der Trockenstress extrem zu. Krankheiten und Schädlinge sind auf dem Vormarsch. Auch weniger anfällige Baumarten wie Kiefer, Buche und Douglasie sind neuerdings betroffen.
- Der Anpassungsbedarf gerade unserer Wälder ist enorm hoch. Aktiver Klimaschutz und Anpassungsstrategien sind dringend geboten.
- Dabei ist der Wald zugleich Opfer und Teil der Lösung. Lösung ist das Stichwort.
- In der übernächsten Woche wird es hier in der CDU-Landtagsfraktion internes Gespräch geben – mit Forstvertretern, Waldbesitzern und Wissenschaftlern, bei dem Lösungsansätze diskutiert werden.
- Die Vorschläge sollen in einem entsprechenden Papier zusammengefasst werden, das wir in den parlamentarischen Diskurs einbringen werden.
- Wir werden Sie darüber informieren und sie über unsere Überlegungen auf dem Laufenden halten.